

LSVD · Postfach 10 34 14 · 50474 Köln

An den Koordinator für die deutsch-russische
zwischenmenschliche Zusammenarbeit
Dr. Andreas Schockenhoff, MdB
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

19.03.13

Solidarität mit Lesben und Schwulen in Russland

Sehr geehrter Herr Dr. Schockenhoff,

das russische Parlament debattiert ein Gesetz gegen die „Propagierung“ von Homosexualität. Die Initiatoren des Gesetzesentwurfes wollen Lesben, Schwule, Bi-, Trans- und Intersexuelle (LSBTI) in die gesellschaftliche Unsichtbarkeit zwingen und ihnen das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf freie Entfaltung der Persönlichkeit absprechen.

In der russischen Föderation haben bereits zehn Regionen solche Gesetze verabschiedet. In erster Lesung hat die Staatsduma am 25. Januar 2013 ein Bundesgesetz verabschiedet. Das Gesetzesvorhaben ist mit der Mitgliedschaft Russlands im Europarat unvereinbar. Es schürt Homophobie und Vorurteile und wird Intoleranz und Hass gegen Minderheiten befördern und institutionalisieren. Alle Mitgliedsstaaten des Europarats sind an die "Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" (EMRK) gebunden, die die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie das Verbot der Diskriminierung postuliert.

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte verstößt die Benachteiligung von Lesben und Schwulen wegen ihrer sexuellen Identität gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 14 EMRK in Verbindung mit Art. 8 der EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens). Das Gesetzesvorhaben widerspricht auch nationalem Recht und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Es zielt darauf ab, die stärker werdende Bewegung der LSBTI in Russland mundtot zu machen.

Durch die bewusste Offenheit des Begriffs „Propagierung“ kann selbst ein Kuss, das Tragen eines Buttons oder die Verwendung einer Regenbogenflagge bestraft werden. Aufklärungs- und Akzeptanzarbeit gegen eine in Russland grassierende und bisweilen tödliche Homophobie sowie eine effiziente Präventionsarbeit gegen HIV/AIDS sind dann nicht mehr möglich.

Wir bitten Sie, gegenüber der russischen Regierung und im Gespräch mit Ihren russischen Kolleginnen und Kollegen gegen das Gesetz zu protestieren und dieses klipp und klar als einen Anschlag auf die Menschenrechte zu verurteilen. Die ständige Verletzung von Konventionen und Verträgen, die Russland unterzeichnet hat, darf nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Bundesgeschäftsstelle

Pipinstr. 7
50667 Köln
Tel. (0221) 925961-0
Fax (0221) 925961-11
E-mail: lsvd@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00
Kto.708 68 00

Mildtätiger Verein -
Spenden sind
steuerabzugsfähig

Offizieller Beraterstatus
beim Wirtschafts- und
Sozialausschuss der
Vereinten Nationen

Mitglied im Deutschen
Paritätischen
Wohlfahrtsverband
(DPWV)

Mitglied der
International Lesbian,
Gay, Bisexual, Trans and
Intersex Association
(ILGA)

Mitglied im Forum
Menschenrechte

Wer sich außerhalb Europäischer Menschenrechtsnormen positioniert, verdient die Missbilligung der Politik und Gesellschaft. LSBTI benötigen den Schutz und die Fürsprache all derjenigen, die mit russischen Entscheidungsträgern im Dialog stehen. Bitte ermuntern Sie Ihre Gesprächspartner in Russland zur Einhaltung der universell gültigen Menschenrechtsnormen! Finden Sie klare Worte zum Schutz der Menschenrechte!

Die deutsche Politik muss kontinuierlich weiter auf die russische Regierung und das russische Parlament einwirken, um das geplante Gesetz zu verhindern. Zugleich muss sie die russischen LSBTI und ihren Kampf für die Menschenrechte unterstützen.

Die sexuelle Identität ist Teil der Menschenrechte, die unteilbar und universell gelten. Wir bitten Sie um Ihre Mithilfe, damit auch LSBTI in Russland diesen Schutz erfahren.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Klaus Jetz', written in a cursive style.

Klaus Jetz, Geschäftsführer